

Bilanz zum 31. Dezember 2010

AKTIVSEITE	31.12.2010 Euro	31.12.2009 Euro	PASSIVSEITE	31.12.2010 Euro	31.12.2009 Euro
A. Anlagevermögen			A. Eigenkapital		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	10.169,00	16.340,00	I. Gezeichnetes Kapital	5.880.000,00	5.880.000,00
II. Sachanlagen			II. Kapitalrücklage	1.047.722,56	1.047.722,56
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2.274.759,98	2.441.915,54	III. Gewinnrücklagen		
2. Technische Anlagen und Maschinen	12.736.776,60	13.029.690,82	1. Satzungsmäßige Rücklage	390.637,83	324.295,14
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	200.148,02	182.563,02	2. Andere Gewinnrücklagen	1.222.891,74	1.099.714,09
4. Anlagen im Bau	334.553,58	74.180,34	IV. Bilanzgewinn	597.084,19	356.177,85
	15.546.238,18	15.728.349,72		9.138.336,32	8.707.909,64
B. Umlaufvermögen			B. Sonderposten zum Anlagevermögen	244.475,21	254.661,17
I. Vorräte			C. Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen	174.916,18	36.144,59
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	167.520,75	142.617,70	D. Empfangene Ertragszuschüsse	1.248.212,00	1.508.990,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			E. Rückstellungen		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. 183,36 €)	2.220.332,80	1.723.982,75	1. Steuerrückstellungen	70.847,44	19.828,83
2. Forderungen gegen Gesellschafter Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: 0,00 € (Vj. 0,00 €)	26.716,38	106.762,41	2. Sonstige Rückstellungen	1.411.342,92	1.314.216,29
3. Sonstige Vermögensgegenstände	213.010,68	207.485,18		1.482.190,36	1.334.045,12
	2.460.059,86	2.038.230,34	F. Verbindlichkeiten		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	3.473.250,47	2.857.755,78	1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Restlaufzeit bis ein Jahr: 996.102,23 € (Vj. 894 T€)	6.372.345,27	6.522.959,36
C. Rechnungsabgrenzungsposten	689,75	648,75	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen Restlaufzeit bis ein Jahr: 1.296.800,47 € (Vj. 964 T€)	1.296.800,47	964.115,89
D. Sonderverlustkonto aus Rückstellungsbildung gemäß § 17 Abs. 4 DMBilG	261.779,38	261.779,38	3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter Restlaufzeit bis ein Jahr: 238.117,23 € (Vj. 330 T€)	238.117,23	330.068,19
			4. Sonstige Verbindlichkeiten Restlaufzeit bis ein Jahr: 1.686.564,33 € (Vj. 1.296 T€) davon aus Steuern 12.262,02 € (Vorjahr 400 T€) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit 0,00 € (Vorjahr 0,00 €)	1.686.564,33	1.295.745,36
				9.593.827,30	9.112.888,80
			G. Rechnungsabgrenzungsposten	37.750,02	91.082,35
	21.919.707,39	21.045.721,67		21.919.707,39	21.045.721,67
	21.919.707,39	21.045.721,67		21.919.707,39	21.045.721,67

Gewinn- und Verlustrechnung
für das Geschäftsjahr 2010 (01.01. bis 31.12.)

	2010 Euro	2009 Euro
1. Umsatzerlöse	10.923.543,07	10.734.260,54
2. Andere aktivierte Eigenleistungen	108.764,04	44.637,43
3. Sonstige betriebliche Erträge	584.487,27	701.534,48
4. Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	6.651.340,51	6.947.016,11
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	257.268,18	464.526,98
	<u>6.908.608,69</u>	<u>7.411.543,09</u>
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	832.349,95	869.365,55
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung davon für Altersversorgung 27.588,14 € (Vorjahr 32.240,16 €)	206.672,33	194.220,42
	<u>1.039.022,28</u>	<u>1.063.585,97</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.153.711,67	1.341.188,99
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.267.159,56	714.255,45
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon für Aufzinsung 202,28 € (Vorjahr 0,00 €)	12.296,64	14.867,77
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen davon für Abzinsung 27.029,33 € (Vorjahr 0,00 €)	333.565,98	353.978,72
	<u>927.022,84</u>	<u>610.748,00</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	927.022,84	610.748,00
11. Außerordentliche Erträge	9.830,00	0,00
12. Außerordentliche Aufwendungen	26.800,40	0,00
	<u>-16.970,40</u>	<u>0,00</u>
13. Außerordentliches Ergebnis	-16.970,40	0,00
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	240.557,76	209.302,21
15. Sonstige Steuern	6.067,80	5.692,62
	<u>663.426,88</u>	<u>395.753,17</u>
16. Jahresüberschuss	663.426,88	395.753,17
17. Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage	66.342,69	39.575,32
	<u>597.084,19</u>	<u>356.177,85</u>
18. Bilanzgewinn	597.084,19	356.177,85

Stadt- und Überlandwerke GmbH

Lübben

Anhang

für das Geschäftsjahr 2010

I. Allgemeine Angaben

Die Gesellschaft ist eine mittelgroße Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB. Der Jahresabschluss wurde nach den handelsrechtlichen Vorschriften für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Die Bilanz wurde unter Berücksichtigung der teilweisen Verwendung des Jahresergebnisses aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gem. § 275 Abs. 2 HGB aufgestellt. Die Jahresabschlusserstellung erfolgte unter der Prämisse der Unternehmensfortführung.

Das sogenannte Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (im nachfolgenden "BilMoG"), ist in Bezug auf Ansatz- und Bewertungsvorschriften erstmals auf den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2010 angewendet worden.

Die nach den gesetzlichen Vorschriften bei den Posten der Bilanz ebenso wie die wahlweise in der Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang anzubringenden Vermerke wurden im Interesse einer besseren Klarheit überwiegend im Anhang aufgeführt.

Die Vorschriften für die Rechnungslegung von Energieversorgungsunternehmen des § 10 des Zweiten Gesetzes zur Neuregelung des Energiewirtschaftsgesetzes vom 7. Juli 2005 wurden beachtet.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Einführung des BilMoG hat in der sogenannten BilMoG-Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2010 zu Bewertungsänderungen von Bilanzposten des Vorjahres geführt. Eine Anpassung der Vorjahreszahlen im Rahmen der erstmaligen Anwendung ist nach Art. 67 Abs. 8 Satz 2 EGHGB unterblieben.

Entsprechend den neuen HGB-Regelungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erstmalig die folgenden Angaben als sogenannte davon-Vermerke ausgewiesen:

- Erträge aus der Abzinsung von Rückstellungen unter dem Posten "Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge"
- Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen unter dem Posten "Zinsen und ähnliche Aufwendungen"

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten bilanziert und werden, sofern sie der Abnutzung unterliegen, entsprechend ihrer Nutzungsdauern um planmäßige Abschreibungen linear vermindert.

Das Sachanlagevermögen wurde zu den Anschaffungs- und Herstellungskosten bewertet.

Die Abschreibungen werden planmäßig nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände und nach Maßgabe der steuerlichen Richtlinien vorgenommen. Die Gesellschaft bedient sich der linearen Abschreibungsmethode.

Im Jahr 2010 wurden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB im Bereich der Grundstücke von 132 T€ vorgenommen. Die Grundstücke wurden neu bewertet. Der Gutachterausschuss im Landkreis Dahme Spreewald ermittelte die aktuellen Bodenrichtwerte.

Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über € 150,00 und bis zu € 1.000,00 werden in einen Sammelposten eingestellt und über 5 Jahre linear abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände bis zu € 150,00 werden im Zugangsjahr sofort aufwandswirksam erfasst.

Seit dem Geschäftsjahr 2003 werden erhaltene Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenerstattungen direkt von den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten der bezuschussten Anlage abgesetzt.

Die bis zum 31. Dezember 2002 erhaltenen Baukostenzuschüsse und Hausanschlusskostenerstattungen werden als empfangene Ertragszuschüsse passiviert und jährlich mit 5 % der Ursprungsbeträge aufgelöst.

Der Ansatz der Vorräte erfolgte zu fortgeschriebenen durchschnittlichen Anschaffungskosten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert unter Berücksichtigung aller erkennbaren Risiken bewertet. Erkennbare Ausfallrisiken sind durch Einzelwertberichtigungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Ausfallrisiko wurde durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Die liquiden Mittel sind zum Nominalwert angesetzt.

Das gezeichnete Kapital ist zum Nennwert ausgewiesen.

Im Geschäftsjahr 2003 wurde ein Sonderposten zum Anlagevermögen als Korrekturposten zum Stromvermögen bilanziert. Der Korrektur liegt eine steuerliche Bewertung zu Grunde, der in der Handelsbilanz gefolgt wurde.

Ein Zuschuss der Investitionsbank des Landes Brandenburg wurde als Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen passiviert. Der Sonderposten wird entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagen zeitanteilig aufgelöst.

Die sonstigen Rückstellungen sind in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr sind mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag ausgewiesen und rentenähnliche Verpflichtungen zum Barwert.

Erhaltene Marketingzuschüsse werden als passiver Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert und über den Zeitraum der Vertragslaufzeit aufgelöst.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird im beiliegenden Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind Forderungen aus Verbrauchsabgrenzungen in Höhe von T€781 für den Zeitraum zwischen dem jeweiligen Ablesestichtag und dem Abschlussstichtag enthalten, die rechtlich erst nach dem 31. Dezember 2010 entstehen.

Im Berichtsjahr wurden auf Forderungen aus Vorjahren sowie zweifelhafte Forderungen die Einzelwertberichtigungen um T€ 56 erhöht. Zur Abdeckung des allgemeinen Ausfallrisikos wurde die Pauschalwertberichtigung mit 21 T€ unverändert beibehalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Latenten Steuern

Zum Bilanzstichtag ergibt sich nach Saldierung der aktiven und passiven latenten Steuern (Gesamtdifferenzenbetrachtung) ein Aktivüberhang der latenten Steuern von 62 T€. Die Gesellschaft macht von dem Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB keinen Gebrauch, so dass sich insgesamt kein Ausweis latenter Steuern in der Bilanz ergibt. Die ermittelten aktiven und passiven latenten Steuern resultieren aus folgenden temporären Differenzen:

Bilanzposten	31.12.2010 Differenz Handels- vs. Steuerbilanz	Steuersatz	31.12.2010 Aktive latente Steuern	31.12.2010 Passive latente Steuern
	T€		T€	T€
Grundstücke	151	27,4%		41
Sonderverlustkonto gem. § 17 DMBilG	151	27,4%		41
Sonstige Rückstellungen	522	27,4%	143	
Sonstige Verbindlichkeiten	5	27,4%	1	
			144	82
			62	

Die Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz, welche zu aktiven latenten Steuern führen, resultieren im Wesentlichen aus abweichenden Wertansätzen der langfristigen sonstigen Rückstellungen und aus steuerlichen Ansatzverboten bei den sonstigen Rückstellungen. Die Differenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz, welche zu passiven latenten

Steuern führen, resultieren im Wesentlichen aus der steuerlichen Teilwertabschreibung eines Grundstücks.

Eigenkapital

Das Eigenkapital besteht aus dem Stammkapital über € 5.880.000,00, der Kapitalrücklage über € 1.047.722,56, den Gewinnrücklagen in Höhe von € 1.613.529,57 und dem Bilanzgewinn in Höhe von € 597.084,19.

Gemäß § 13 Abs. 2 Gesellschaftsvertrag vom 16. November 2004 sind jährlich aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrags und zzgl. eines Gewinnvortrages 10 % in die satzungsmäßige Rücklage einzustellen. Im Geschäftsjahr 2010 wurden € 66.342,69 eingestellt.

Der Bilanzgewinn zum 31. Dezember 2010 setzt sich wie folgt zusammen:

	€
Jahresüberschuss 2010	663.426,88
Einstellung in satzungsmäßige Rücklage	<u>- 66.342,69</u>
	<u>597.084,19</u>

Umstellungseffekte aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG, welche in die Gewinnrücklagen eingestellt wurden, beziehen sich auf die Auflösung von Rückstellungen in Höhe des Betrages, die bis zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste.

Sonderposten zum Anlagevermögen

Es handelt sich um einen Korrekturposten zum Stromvermögen. Der Korrektur liegt die steuerliche Bewertung der übertragenen Vermögensgegenstände, welche nach 1990 angeschafft bzw. hergestellt wurden, zu Grunde. Der Korrekturbetrag im Übertragungsjahr 1995 beträgt T€ 407. Die erfolgswirksame Auflösung erfolgt über 40 Jahre. Die jährliche Auflösung beträgt T€ 10.

Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen

Es werden Zuschüsse der Investitionsbank des Landes Brandenburg entsprechend dem Zuwendungsbescheid vom 17. Dezember 2004 für die Errichtung der Erdgastankstelle in Lübben aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung von € 73.827,26 ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2010 erfolgte die ertragswirksame Auflösung in Höhe von € 9.228,41; der Stand zum 31.12.2010 beträgt 26.916,18 €. Weiterhin bewilligte das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg mit Bescheid vom 12.08.2010 Zuwendungen für die Sanierung der Filterstufe des Wasserwerkes Lübben von 148.000 €. Weitere 37.500 € werden 2011 ausgezahlt. Abschreibungen fielen noch nicht an.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen setzen sich wie folgt zusammen:

	€
Alllasten auf Gaswerksgrundstück	261.779,38
Ausstehende Rechnungen	259.836,43
Instandhaltungsaufwendungen	236.625,29
Ausgleich Regulierungskonto	248.530,63
Altersteilzeit	140.552,00
Wassernutzungsentgelt	65.655,00
Abrisskosten Heizhaus	51.129,19
Urlaubsansprüche	54.480,00
Übrige	<u>92.755,00</u>
	<u>1.411.342,92</u>

Aus der Umstellung der langfristigen Rückstellungen für Alllasten auf dem Gaswerksgrundstück aufgrund der geänderten Bewertung durch das BilMoG resultierte zum 1. Januar 2010 eine Überdeckung von T€ 21. Da der eigentlich aufzulösende Betrag bis spätestens zum 31. Dezember 2024 wieder zugeführt werden müsste, wird vom Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht und die Rückstellung beibehalten. Der Betrag der Überdeckung beläuft sich zum 31. Dezember 2010 auf T€ 9.

Gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB wurde vom Wahlrecht zur Beibehaltung der Rückstellungen für Instandhaltung und für Abrisskosten des Heizhauses Gebrauch gemacht.

Rückstellungen für Verpflichtungen aus Altersteilzeit werden nach Maßgabe des Blockmodells gebildet. Sie enthalten Aufstockungsbeträge und bis zum Bilanzstichtag aufgelaufene Erfüllungsverpflichtungen der Gesellschaft. Es wurde eine Gehaltssteigerung von 2 % p.a. zugrundegelegt.

Für zukünftige Aufwendungen aus der Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungspflichten für Geschäftsunterlagen wurden entsprechende Rückstellungen in Höhe des jeweiligen Erfüllungsbetrags, d.h. unter Berücksichtigung der voraussichtlich im Erfüllungszeitpunkt geltenden Kostenverhältnisse, gebildet. Es wurde eine durchschnittliche Restaufbewahrungsdauer von 5,5 Jahren und voraussichtliche Preis- bzw. Kostensteigerungen von 2,5 % p.a. zugrundegelegt.

Verbindlichkeiten

Für die Verbindlichkeiten bestehen folgende Restlaufzeiten:

	<u>Gesamt</u>	bis		über
	<u>T€</u>	<u>1 Jahr</u>	<u>2-5 Jahre</u>	<u>5 Jahre</u>
		<u>T€</u>	<u>T€</u>	<u>T€</u>
Verbindlichkeiten gegen- über Kreditinstituten	6.372	996	4.247	1.129
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.297	1.297	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter	238	238	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten	<u>1.687</u>	<u>1.687</u>	<u>0</u>	<u>0</u>
	<u>9.594</u>	<u>4.218</u>	<u>4.247</u>	<u>1.129</u>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten sind durch Ausfallbürgschaften, Patronats-
erklärungen und Beteiligungsbelassungserklärungen der Stadt Lübben besichert.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**Umsatzerlöse**

Von den 2010 erzielten Umsatzerlösen entfallen auf die:

	T€	%
Stromverteilung	3	-
Gasversorgung	8.668	79,4
Wasserversorgung	1.250	11,4
Fernwärmeversorgung	976	8,9
Inkasso Abwasser	<u>27</u>	<u>0,3</u>
	<u>10.924</u>	<u>100,0</u>

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind unter anderem die Pacht für das Stromvermögen in Höhe von T€ 270; Auflösungen von Marketingzuschüssen von T€ 91 und eine Auflösung der Mehrerlösabschöpfung von 59 T€ enthalten.

Personalaufwand

Unter den Aufwendungen für soziale Abgaben, Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung sind in Höhe von T€ 24 Aufwendungen für Altersversorgung enthalten.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Es werden Zinsen für aufgenommene Darlehen ausgewiesen.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Umstellungseffekte aufgrund der erstmaligen Anwendung des BilMoG, welche im außerordentlichen Ergebnis gezeigt werden, beziehen sich auf folgende Sachverhalte:

- Berücksichtigung künftiger Kostensteigerungen bei den sonstigen Rückstellungen (a.o. Aufwand i.H.v. T€ 27)
- Abzinsung der Verbindlichkeiten (a.o. Ertrag i.H.v. T€ 10)

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag belasten im vollen Umfang das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

V. Sonstige Angaben

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Lübben.

Ab 01.01.2010 ist Herr Detlef Günther als Geschäftsführer bestellt worden, der von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit ist.

Dem Aufsichtsrat gehörten in 2010 an:

Herr Lothar Bretterbauer, Bürgermeister Stadt Lübben (Spreewald), Vorsitzender

Herr Benjamin Kaiser, Diplomfinanzwirt, stellv. Vorsitzender

Herr Frank Neumann, Bauamtsleiter Stadt Lübben, Schriftführer

Herr Bork Lange, selbständiger Geschäftsmann

Herr Günther Piesker, Vorruehändler

Herr Sven Richter, Polizeibeamter

Frau Sabine Minetzke, selbständige Bauingenieurin

Der Aufsichtsrat erhielt für seine Tätigkeit im Berichtsjahr eine Aufwandsentschädigung von € 4.800,00.

Die Angabe der Gesamtbezüge des Geschäftsführers unterbleibt in Anwendung des § 286 Abs. 4 des HGB.

Im Geschäftsjahr 2010 wurden durchschnittlich sechs gewerbliche Arbeitnehmer (Vorjahr: sieben) und 14 Angestellte (Vorjahr: 13) beschäftigt. Für einen Auszubildenden werden die Ausbildungskosten finanziert.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen gemäß § 285 Nr. 3 HGB bestehen nicht.

Das Honorar des Abschlussprüfers beläuft sich auf 22 T€ (Abschlussprüfungsleistungen T€ 20) sowie T€ 2 (sonstige Beratungsleistungen).

VI. Derivative Finanzinstrumente

Um Zinsrisiken der Gesellschaft zu begrenzen, wurden in zurückliegenden Geschäftsjahren für zwei bestehende Darlehen Zinsswapgeschäfte abgeschlossen. Nominalvolumen ist die Summe aller den derivativen Finanzgeschäften zugrunde liegenden Kapitalbeträge. Die angegebenen beizulegenden Zeitwerte der Finanzderivate entsprechen jeweils dem Preis, zu dem ein unabhängiger Dritter die Rechte und/oder Pflichten aus diesem Finanzinstrument übernehmen würde. Die beizulegenden Zeitwerte wurden auf Basis des Marktwertes inklusive auflaufender Stückzinsen stichtagsbezogen berechnet. Die Bewertung erfolgte anhand eigener Modelle der Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG.

Die eingesetzten Finanzinstrumente werden nicht bilanziell berücksichtigt. Die laufenden Zinszahlungen werden erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

VI. Vorschlag zur Verwendung des Jahresüberschusses

Von dem Jahresüberschuss von € 663.426,88 wurden gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages 10 % (€ 66.342,69) in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt.

Aufgrund der aktuellen Liquiditätslage und Weiterentwicklung der Gesellschaft schlägt der Geschäftsführer vor, aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2010 von € 597.084,19 an den Gesellschafter € 200.000,00 auszuschütten und den restlichen Betrag zu thesaurieren.

Lübben, im April 2011

Dipl.-Ing. Detlef Günther
Geschäftsführer

Entwicklung des Anlagevermögens zum 31. Dezember 2010

	Anschaffungswerte					Abschreibungen					Buchwert	Buchwert
	Anfangsstand €	Zugang €	Abgang €	Umbuchung €	Endstand €	Anfangsstand €	Zugang €	Abgang €	Endstand €	31.12.2010 €	31.12.2009 €	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	236.040,08	8.772,53	0,00	0,00	244.812,61	219.700,08	14.943,53	0,00	234.643,61	10.169,00	16.340,00	
II. Sachanlagen												
1. Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	4.043.721,99	24.400,56	21.474,00	0,00	4.046.648,55	1.601.806,45	175.486,12	5.404,00	1.771.888,57	2.274.759,98	2.441.915,54	
2. Technische Anlagen und Maschinen	27.038.653,32	702.147,73	281.123,25 82.906,78 Z	1.534,15	27.378.305,17	14.008.962,50	889.491,32	256.925,25	14.641.528,57	12.736.776,60	13.029.690,82	
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen	1.202.431,19	92.852,70	55.224,73	0,00	1.240.059,16	1.019.868,17	73.790,70	53.747,73	1.039.911,14	200.148,02	182.563,02	
4. Anlagen im Bau	74.180,34	262.151,02	243,63	-1.534,15	334.553,58	0,00	0,00	0,00	0,00	334.553,58	74.180,34	
	32.358.986,84	1.081.552,01	440.972,39	0,00	32.999.566,46	16.630.637,12	1.138.768,14	316.076,98	17.453.328,28	15.546.238,18	15.728.349,72	
Gesamt	32.595.026,92	1.090.324,54	440.972,39	0,00	33.244.379,07	16.850.337,20	1.153.711,67	316.076,98	17.687.971,89	15.556.407,18	15.744.689,72	

Z: Baukostenzuschüsse (82.906,78)

Lagebericht des Geschäftsführers

Vorwort

Nach vorläufigen Berechnungen der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) wird im Jahr 2010 infolge einer guten Konjunktur sowie dem kältesten Jahr seit 1996 der Primärenergieverbrauch eine Höhe von 14.012 PJ erreichen. Dies sind somit 549 PJ oder ca. 4 Prozent mehr als im Krisenjahr 2009.

Der Anteil des Erdgasverbrauches erhöhte sich um 3,7 Prozent auf 3.048 PJ. Hier war insbesondere der erhöhte Absatz im Wärmemarkt aufgrund der niedrigen Temperaturen vor allem am Anfang und Ende des Jahres dafür verantwortlich.

Erneuerbare Energien tragen mit einem Anteil von 1.312 PJ zur Energiebilanz 2010 bei. Insbesondere durch den starken Ausbau der Photovoltaik von 24 PJ auf 43 PJ steigt der Anteil aller erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch von 9,1 auf 9,4 Prozent.

Die Primärenergieträger Mineralöl (4.722 PJ), Stein- (1.694 PJ) und Braunkohle (1.515 PJ) sowie die Kernenergie (1.514 PJ) sicherten den Energieverbrauch in Deutschland.

Die Bundesregierung verkündete im September 2010 ein Energiekonzept, dessen Mittelpunkt eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke war. Aufgrund des Reaktorunglückes in Japan im März 2011 ist sechs Monate später eine politische Diskussion um eine Neubewertung der Atomenergie und deren Risiken entbrannt. So wurden kurzfristig sieben Kraftwerke vom Netz genommen und ein neuer Dialog mit relevanten gesellschaftlichen Akteuren aufgenommen. Dezentrale Erzeugungsformen wie Anlagen auf Basis erneuerbarer Energien oder KWK-Anlagen bieten dabei die Chance, regionale Strukturen zu stärken und Abhängigkeiten zu vermindern. Allein die aktuell im Bau oder in der Genehmigung befindlichen Kraftwerkskapazitäten in Höhe von 4.597 MW bei kommunalen Unternehmen reichen laut VKU, um alte Kernkraftwerke kurz- bis mittelfristig zu ersetzen. Stadtwerke stehen somit für den Umbau des Energiesystems bereit, wenn der ordnungs- und wirtschaftspolitische Rahmen stimmt.

In beeindruckender Weise haben die Mitarbeiter der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben die Herausforderung im laufenden Geschäftsjahr angenommen, die Veränderungen als Chance gesehen und mit viel Engagement die gestellten Ziele umgesetzt. Auf Grund der Fülle und Komplexität konnten in der kurzen Zeit noch nicht alle Ziele erfüllt werden. Jedoch wurde schon ein Gros der Wegstrecke erfolgreich realisiert.

Wesentliche Bausteine der erforderlichen Umstrukturierung, wie die Reorganisation, das Finden und Entwickeln neuer Mitarbeiter u.a. Regulierungsmanager, die Einführung eines Risikohandbuchs, der neue Gesellschaftsvertrag sowie die neue Geschäftsordnung für Aufsichtsrat und Geschäftsführer wurden realisiert, um die Entwicklung im liberalisierten Markt effektiver, erfolgreicher und schneller umsetzen zu können.

Am 16. November fand vor dem Landgericht Cottbus die Fortsetzung der mündlichen Verhandlung in dem Rechtsstreit Franzka ./ Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben statt. Der ehemalige Geschäftsführer der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben hatte sich mit seiner Klage gegen die ausgesprochene außerordentliche Kündigung gewandt und wollte feststellen lassen, dass das Arbeitsverhältnis zwischen ihm und der GmbH fortbesteht. Der Rechtsstreit wurde durch einen Vergleich erfolgreich für die Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben beendet.

Leider ist der Wettbewerb um Kunden intensiver und unseriöser geworden, so dass Kunden häufig mittels falscher Kostenvergleiche in die Irre geführt und psychologisch unter Druck gesetzt werden. Die Stadt- und Überlandwerke GmbH hat auf den Wettbewerb aktiv reagiert und ein neues Vertriebs- und Marketingkonzept entwickelt. Dieses beinhaltet u.a. Werbemaßnahmen, Kundenveranstaltungen, soziales Engagement der Mitarbeiter, etc. In diesem Zusammenhang konnten Großkunden mit erheblichen Zugeständnissen gehalten werden.

Wie bereits in der Vergangenheit erwähnt sind die Bereiche Fernwärme und Gasnetz in unserer Spartenrechnung defizitär. Um diese Bereiche zukünftig zu optimieren, wurde u.a. ein Fernwärmekonzept erarbeitet, welches nach langen Verhandlungen scheiterte. Als Konsequenz ergibt sich leider der Rückbau der zentralen Fernwärme. Letzte Chance, die Wärmesparten noch optimieren zu können, ist das Contracting. Jedoch ist die Nutzung einer großen Kraftwärmekopplungsanlage dadurch nicht mehr möglich. Im Bereich Wasser konnte das bisherige Defizit nur durch die Preiserhöhung im II. Halbjahr 2010 zunächst ausgeglichen werden.

Da die Sparte Gasnetz im Fotojahr 2010 nach wie vor defizitär ist, muss zukünftig durch Verhandlungen mit der Regulierungsbehörde ein wirtschaftlich profitables Ergebnis ab 2013 erreicht werden.

Das Gebiet der Rekommunalisierung wurde im Geschäftsjahr aktiv gestaltet. So wurde die Aufnahme des Stromhandels im Versorgungsgebiet untersucht und die Interessensbekundung der Gaskonzession im eigenen Versorgungsgebiet sowie außerhalb vorgenommen. Ein bestehender Konzessionsvertrag konnte bereits erfolgreich akquiriert werden. Weitere Kooperationen werden derzeit ausgewertet und weiter verfolgt.

a) Darstellung des Geschäftsverlaufes

Die Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben blickt auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr zurück. Mit einem besseren Jahresergebnis von 28,2 % gegenüber dem Wirtschaftsplan hat es unsere Erwartungen übertroffen.

Das spiegelt sich unter anderem in den Absatzmengen wie folgt wieder:

		2010	2009	Veränderung %
Gasabsatz Gashandel	MWh	189.048	172.655	+ 9,5
Gasabsatz Gasnetz	MWh	204.990	180.839	+ 13,3
Wasserabgabe	m ³	645.227	637.178	+ 1,3
Fernwärmeabgabe	MWh	16.703	14.548	+ 14,8

Die Steigerung der Absatzmengen ist witterungsbedingt.

Bei den Umsatzerlösen ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von nur 1,8 % zu verzeichnen. Der Grund war eine gegenläufige Entwicklung von Absatzmengen und Preisen. Die weiterberechneten Durchschnittspreise verringerten sich im Vergleich zum Vorjahr um 10,2 %. Ein weiterer Faktor war, dass sich der Umsatz beim Gashandel nicht parallel zu dem erhöhten Gasabsatz entwickelt hat, da die im Jahr 2010 vorgenommenen Preiserhöhungen zeitversetzt zu Gunsten der Kunden vorgenommen worden sind.

Das Netznutzungsentgelt hat sich im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um 9 % erhöht. Dabei wurde das Kapazitätsentgelt des vorgelagerten Netzes eingearbeitet.

Im Bereich Wasserversorgung erzielten wir durch die Preiserhöhung zum 01.07.2010 eine Erlössteigerung von 129 T€ bzw. 11,5 %.

Bei den Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen bilden die Gasbezugskosten eine wesentliche Rolle.

Hierbei ist es der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben gelungen, durch intensive Verhandlungen mit dem Vorlieferanten für das Gaswirtschaftsjahr 2010/2011 die Preisschwankungen des Ölpreises besser zu kompensieren. Einsparungen von 2 % konnten dadurch im IV. Quartal 2010 erzielt werden.

Der Personalaufwand verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 24 T€ bzw. 2,3 %. Die Abnahme des Personalaufwandes beruht trotz einer Tarifierhöhung von 2,1 % auf rückläufigen Rückstellungen für Urlaub, Überstunden und Altersteilzeit. Im Jahr 2010 wurden wesentliche Personalstrukturveränderungen vorgenommen. 3 Mitarbeiter wurden im II. Halbjahr 2010 entsprechend den Anforderungen des Energiewirtschaftsgesetzes neu eingestellt. Die monetären und statistischen Auswirkungen werden erst im Folgejahr erkennbar sein.

Im Jahr 2010 wurde eine Bewertung der Grundstücke entsprechend der Bodenrichtwerte des Gutachterausschusses im Landkreis Dahme Spreewald vom 01.01.2010 vorgenommen. Im Ergebnis dessen erfolgte eine Berichtigung in Höhe von 131,7 T€.

Desweiteren wurde im Jahr 2010 ein Ausgleich der erzielten Mehrerlöse aufgrund der Erlösobergrenze beim Gasnetz in Höhe von 248,5 T€ in die Gewinn- und Verlustrechnung eingearbeitet.

Die Auswirkungen des Bilanzmodernisierungsgesetzes wurden im Jahr 2010 berücksichtigt.

Die Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben hat im Jahr 2010 Investitionen in Höhe von 1,1 Mio. € getätigt. Der Schwerpunkt der investiven Maßnahmen lag in der Erweiterung und Erneuerung der Gasübernahmestation, des Wassernetzes sowie in der Sanierung der Filterstufe im Wasserwerk Lübben. Das Prozeßleitsystem und Betriebsausstattungen wurden erneuert.

Für die Sanierung der Filterstufe wurden im Jahr 2010 Fördermittel durch die Investitionsbank des Landes Brandenburg in Höhe von 148 T€ bereitgestellt.

b) Vermögens-und Finanzlage

Die Gesellschaft weist nach wie vor eine solide Bilanzstruktur auf. Ausgehend von der aus Liquiditätssichtpunkten bereinigten Bilanzsumme betrug der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen der Gesellschaft zum 31.12.2010 69,7 % (Vorjahr 74,2 %).

Der Eigenkapitalanteil am Gesamtkapital betrug am Ende des Geschäftsjahres 44,5 % (Vorjahr 44,9 %).

Die Liquidität war im gesamten Geschäftsjahr 2010 sichergestellt.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss von 663 T€. Auch finanzwirtschaftlich wurde ein Überschuss erzielt.

Kapitalflussrechnung	2010	2009
	T€	T€
Jahresergebnis	+ 663	+ 396
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	+ 1.154	+1.341
Auflösung der Ertrags/Investzuschüsse	- 280	- 280
Verlust aus dem Abgang von Anlagevermögen	+ 42	+ 21
Cash flow i.e.S.	+ 1.579	+ 1.478

Der finanzielle Überschuss wurde zur Finanzierung der Investitionen und zur Tilgung von Bankdarlehen verwendet.

Ausblick

Wie bereits erwähnt sind viele Herausforderungen im Geschäftsjahr 2010 erfolgreich umgesetzt worden. Mit dem Beschluss des Aufsichtsrates wird im Herbst 2011 der Stromhandel in unserem Versorgungsgebiet aufgenommen.

Die Gaskonzessionen werden weiter verhandelt und über die Änderung der Beschaffungsstrategien im Unternehmen sollen durch Ausschreibung noch bessere und marktgerechte Ergebnisse erzielt werden.

Langfristig werden regenerative Energien fossile Brennstoffe wie Kohle, Öl und Erdgas in der Stromerzeugung weitestgehend ersetzt. Mit einem steigenden Anteil regenerativer Energien an der Elektrizitätsversorgung nehmen auch die Schwankungen der durch konventionelle Kraftwerke zu deckenden Last deutlich zu. Eine etablierte Möglichkeit, kurzfristige Lastschwankungen auszugleichen, liegt in dem Einsatz von Gas- und Dampfturbinenanlagen, die bereits nach kurzer Zeit ihre maximale Last erbringen können. Dieses neue Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk passt somit gut in den nord- und ostdeutschen, stark Windenergie nutzenden Raum. Somit hat sich die Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben an dem GuD – Kraftwerk über die TOBI – Gruppe beteiligt.

Zudem ist die TOBI-Gruppe als „echter“ Partner an dem Gaskraftwerk auch nach dem Auslaufen der Abschreibungen weiter beteiligt („goldenes Ende“). Die technische Lebensdauer der GuD dürfte insofern deutlich über 25 Jahre liegen.

Weitere Beteiligungen und Kooperationen wurden aktuell untersucht, bewertet und ggf. umgesetzt. Die Einführung des Technischen Sicherheitsmanagements (TSM) wird als notwendig angesehen und wird vorbereitet.

Die Probleme und Schwierigkeiten, gerade im Vertrieb nehmen 2011 tendenziell zu, jedoch sind die Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben auf dem Guten Weg die Zukunft positiv zu gestalten.

Lübben, im April 2010

Dipl .Ing. Detlef Günther
Geschäftsführer

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben, Lübben für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Nach § 10 Abs. 4 EnWG umfasste die Prüfung auch die Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, die Einhaltung der Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie die interne Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Pflichten nach § 10 Abs. 3 EnWG in allen wesentlichen Belangen erfüllt sind. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht sowie in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes sowie die Beurteilung, ob die Wertansätze und die Zuordnung der Konten in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt sind und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurden. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Entflechtung in der internen Rechnungslegung nach § 10 Abs. 3 EnWG hat zu keinen Einwendungen geführt."

Hannover, den 26. April 2011

BRS Treuhand GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bargsten
Wirtschaftsprüfer

**Bericht des Aufsichtsrates
zur Prüfung des Jahresabschlusses 2010
der Stadt- und Überlandwerke GmbH Lübben
an die Gesellschafterversammlung**

Der Aufsichtsrat hat 2010 die ihm nach Gesetz und Gesellschaftsvertrag obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Er ist durch die Geschäftsführung schriftlich und mündlich über die Lage der Entwicklung des Unternehmens unterrichtet worden.

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BRS Treuhand GmbH, Hannover, hat den Jahresabschluss 2010 und den Lagebericht nach den gesetzlichen Bestimmungen geprüft und den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss und den Lagebericht auch seinerseits geprüft und zu Beanstandungen keinen Anlass gesehen.

Vom Jahresüberschuss von 663.426,88 € wurden gemäß § 14 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages 10 % des Jahresüberschusses (66.342,69 €) in die satzungsmäßige Rücklage eingestellt.

Auf Grund der aktuellen Liquiditätslage und Weiterentwicklung der Gesellschaft wird der Gesellschafterversammlung vorgeschlagen, aus dem Bilanzgewinn des Jahres 2010 von 597.084,19 € an den Gesellschafter netto 275.000,00 € auszuschütten und den restlichen Betrag in die Gewinnrücklage der Gesellschaft einzustellen.

Lübben, den 07.06.2011



Benjamin Kaiser

Aufsichtsratsvorsitzender

Gewinnverwendungsbeschluss der Gesellschafterversammlung vom 16.06.2011

Der Jahresabschluß weist einen Bilanzgewinn in Höhe von 597.084,19 € aus. Der Bilanzgewinn ist wie folgt zu verwenden: Ausschüttung an den Gesellschafter: netto 275.000,00 €. Der Restbetrag ist in die Gewinnrücklage der Gesellschaft einzustellen.